

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

Landtagswahlen Rheinland-Pfalz: 14. März 2021

In Deutschland sortieren sich 21% selbst im bisexuellen Spektrum ein (bei jungen Menschen sogar 39%):

<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>.

Bisexuelle sind also eine **ernstzunehmende Wähler_innenschaft**.

Bitte antworten Sie daher bis zum 26.02.2021.

Wenn nicht überall eine Antwort möglich ist, nehmen wir auch nur einen Teil an.

Vielen Dank für Ihre Mühe und viel Erfolg bei der Wahl!

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

a) Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Die geschlechtliche und sexuelle Selbstbestimmung der Menschen gehört zur „linken DNA“. Unser Ziel ist es, die Praxis des „Coming-outs“ zu überwinden,

jenseits der Heteronormativität. Solange eine heterosexuelle Zweigeschlechtlichkeit stillschweigend ein Maßstab politischer Entscheidungen, juristischer Rahmensetzungen und kultureller Debatten bleibt, werden sexuelle und geschlechtliche Ausgrenzung reproduziert. Unser Ziel ist die Überwindung des Gegensatzes von "normal" und "anders". Wir kämpfen für die Akzeptanz sowohl der unterschiedlichen Lebensweisen als auch der sexuellen sowie geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft und treten dabei Diskriminierungen von Gruppen und Menschen entschieden entgegen.

b) Sind Ihnen geoutete bisexuelle Politiker_innen in Ihrer Partei bekannt?

In unserer Partei gehört es nicht zur Praxis, dass man sich „outen“ muss. Wir akzeptieren alle Geschlechter und Sexualitäten. Da dies leider nicht für die gesamte Gesellschaft gilt, gibt es jedoch auch in unserer Partei Politiker*innen, die offen mit ihrer Bisexualität umgehen, da sie sich der gesellschaftlichen Signalwirkung eines Coming-outs durchaus bewusst sind. Sowohl in unserer Landesarbeitsgemeinschaft „Queer“ als auch in unserer Bundesarbeitsgemeinschaft „Queer“ organisieren sich bspw. überwiegend Lesben, Schwule, Transsexuelle, Transgender, Bisexuelle, Intersexuelle und queere Menschen.

Frage 2:

Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine

Minderheit (39%,

<http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

- a) Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen?**

Hier muss einerseits Aufklärungsarbeit in der Schule und in Vereinen, z.B. über das Netzwerk SCHLAU und das Netzwerk für Demokratie und Courage, geleistet werden und andererseits müssen Autoritätspersonen und v.a. Lehrende sensibilisiert werden. Dazu gehört, dass angehende Lehrer*innen entsprechend in ihrer universitären Ausbildung geschult werden und geschlechtliche Sensibilisierung ein integraler Bestandteil der universitären Didaktik wird. Weiterhin sollte es an jeder Schule eine qualifizierte Person geben, an die von sexueller/geschlechtlicher Diskriminierung betroffene Schüler*innen sich vertrauensvoll wenden können. Im Großen und Ganzen ist es natürlich eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die Norm der Zweigeschlechtlichkeit zu überwinden und geschlechtliche Vielfalt als neue Normalität zu etablieren. Es darf in der heutigen Zeit nicht mehr sein, dass man sich outen muss und sein Leben nicht selbstbestimmt leben darf.

- b) Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?**

Für eine nicht im Landtag vertretende Partei ist es nicht einfach, konkrete Zahlen zu nennen, da wir nicht genau wissen, welche Summen in welche Projekte fließen, ob es mit einer Umschichtung/Aufstockung getan ist oder, ob man andere Selbsthilfeorganisationen neu fördern muss. Wir werden uns aber dafür einsetzen, ausreichend Mittel zur Verfügung zu stellen.

Frage 3:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf).

Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang fast komplett verschwiegen.

In Rheinland-Pfalz gibt es seit 2013 den Landesaktionsplan „Rheinland-Pfalz unterm Regenbogen – Akzeptanz für queere Lebensweisen“

(https://mffjiv.rlp.de/fileadmin/MFFJIV/Vielfalt/Massnahmenplan_final.pdf).

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen konkret über Bisexualität aufgeklärt werden?

Die Aufklärung sollte idealerweise im Rahmen des Sexualkundeunterrichtes erfolgen. Hier dürfen keine geschlechtlichen/sexuellen Ausrichtungen ausgelassen oder bevorzugt werden. Da ein qualitativ hochwertiger Sexualkundeunterricht aber leider auch heutzutage eher die Ausnahme darstellt, müssen entsprechende Organisationen und Netzwerke ausnahmslos und konsequent in die Bildungsarbeit involviert werden. Gleichzeitig müssen die Lehrpläne so angepasst werden, dass sexuelle und geschlechtliche Aufklärung an Schulen künftig nicht nur einem hohen Standard entspricht, sondern auch den Stellenwert erhält, den sie verdient. Folglich muss auch das fächerübergreifende Lehrmaterial eine Überarbeitung erfahren, sodass dieses die Gesellschaft in seinen vielfältigen Formen abbildet. Dies sollte durch eine enge Kooperation von Verbänden, wie bspw. QueerNet RLP e.V., und von Schulen in Form einer Qualitätssicherung realisiert und dauerhaft gesichert werden. Es sollte daher über die Einrichtung einer entsprechenden festen Institution nachgedacht werden, deren finanzielle sowie personelle Ausgestaltung diesen

Ansprüchen gerecht werden kann. Der 2013 beschlossene Landesaktionsplan und die darin enthaltenen Maßnahmen und Zielvereinbarungen waren ein Schritt in die richtige Richtung, hätten aber bereits damals nicht nur klarere Ziele definieren, sondern auch effektive Maßnahmen und damit auch mehr finanzielle Mittel zu deren Umsetzung vorgeben müssen. Die Aktualisierung des Landesaktionsplans ist eine unabdingbare Notwendigkeit, die bereits längst hätte angegangen werden müssen.

Frage 4:

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandten und gefährlichen Kräften wie den „Besorgten Eltern“ oder der „Demo für alle“?

Wir wollen Kinder und Jugendliche generell vor reaktionärem Gedankengut schützen. Das tun wir, indem wir diesem keinen Raum geben und ihm Aufklärung und gesellschaftlichen Protest entgegensetzen. Da wir Solidarität auch praktisch leben, heißt das für uns, dass wir uns Menschen mit menschenfeindlichen Meinungen

auch bei entsprechenden Demonstrationen mit einem breiten Bündnis entschieden in den Weg stellen. Es sollte geprüft werden, ob Personen und Vereinen, die für derartig reaktionäres Gedankengut werben, der Zugang zu Schulen rechtlich untersagt werden kann. Es kann und darf nicht sein, dass diese Vereine unter dem Deckmantel vermeintlicher Bildungsarbeit für ein reaktionäres Geschlechterbild an Schulen werben dürfen. Ähnliche Schritte sollten auch für Autoritätspersonen in zivilgesellschaftlichen Vereinen, bspw. Trainer*innen in Sportvereinen, geprüft werden. Zudem fordern wir eine Aktualisierung von Lehrmaterial und Büchern, sodass Vielfalt endlich als die Normalität gesehen wird, die sie in der Realität auch tatsächlich ist.

Frage 5:

Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema

(http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ eine **Initiative zu sexueller Sichtbarkeit**:

https://schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/PI_Archiv/2018/180921_VIII_Bisexuelle_Vielfalt.html,
https://www.queer.de/detail.php?article_id=29720.

Dieses Jahr ist ein Bi+Pride in Hamburg mit Bi-Flaggen-Hissung, Workshop und Demonstration für bisexuelle Sichtbarkeit geplant (www.bipride.de).

- a) Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Rheinland-Pfalz vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?**

Wir können uns eine Unterstützung einer rheinland-pfälzischen Bi+Pride vorstellen. Die Organisation sollte in enger Kooperation des Ministeriums für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz

und Vereinen, Verbänden, Selbsthilfeorganisationen und Parteien übernommen werden. Es muss definitiv mehr Arbeit in die Sichtbarkeit der geschlechtlichen und sexuellen Vielfalt investiert werden.

b) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Bi-Flagge an einem Rathaus oder einem Ministerium gehisst wird? Welches?

Wir unterstützen, dass die Regenbogenflagge grundsätzlich an Rathäuser gehisst wird und haben hierzu auch Anträge eingebracht, die dies ermöglichen. Diesen Weg werden wir weitergehen, wo dies noch nicht der Fall ist. Sichtbarkeit muss überall sein. Auch das Hissen der Bi-Flagge an Rathäusern und Ministerien wollen wir unterstützen. Dabei wollen wir uns nicht auf einzelne Rathäuser oder Ministerien beschränken.

c) Werden Sie in Ihren Veröffentlichungen und Reden über LSBTI* auch Bisexuelle mit nennen?

Da in LSBTI* Bisexuelle enthalten sind, werden wir auch diese Menschengruppe explizit in unseren Veröffentlichungen und Reden miteinbeziehen.

Frage 6:

In Australien hat eine Senatorin eine **Rede zum Tag der Bisexualität** (23.9.) gehalten (<https://www.bicommunitynews.co.uk/7285/australian-senator-speaks-about-bi-week/>), aber auch im Hamburger Rathaus gab es schon Veranstaltungen zum Thema Bisexualität (<https://www.facebook.com/BiFriendsHH/posts/480295929021789>).

2020 war das Jubiläum „50 Jahre CSD weltweit“ (1969 war Stonewall, aber 1970 der erste CSD), und der erste CSD wurde von der „Mother Of Pride“ Brenda Howard, einer bisexueller Aktivistin, organisiert (https://en.wikipedia.org/wiki/Brenda_Howard).

Werden Sie 2021 eine Rede und/oder einen Antrag zum Thema Bisexualität in den Landtag einbringen?

Wenn wir in den Landtag einziehen, wollen wir grundsätzlich mehr Augenmerk auf die geschlechtliche und sexuelle Vielfalt legen. In diesem Rahmen können wir uns vorstellen, auch einen expliziten Antrag zum Thema Bisexualität einzubringen. Wir bleiben aber auch als außerparlamentarische Opposition am Thema dran.

Frage 7:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher.

- https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html

Die Freiheit der Wissenschaft, Forschung und Lehre ist in Artikel 5 des Grundgesetzes verankert.

a) Welche Möglichkeiten, die Forschung zum Thema Bisexualität anzukurbeln, sehen Sie dennoch?

Hier wäre zu prüfen, welche Möglichkeiten es gibt, weitere Forschung voranzutreiben. Grundsätzlich sind wir aufgeschlossen, konkrete Forschung zu unterstützen. Es wäre denkbar, an rheinland-pfälzischen Universitäten bspw. eigene Lehrstühle für „Gender Studies“ zu etablieren, die von Landesseite mit den notwendigen Finanzen ausgestattet werden, um in Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden eigene Forschungsprojekte zu entwickeln.

b) Inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Forschungsergebnisse sind Teil der Willensbildung einer Fraktion (oder sollten es zumindest sein). Wir sind auf diese angewiesen, um eine sachgerechte und qualifizierte Entscheidung zu verschiedenen Themen

treffen zu können. Dies trifft ebenso auf das Thema Bisexualität zu. Weiterhin schaffen Forschungsergebnisse eine gewisse „Enttabuisierung“, da sie harte Fakten und damit Gewissheit schaffen, die zu einer weiteren gesellschaftlichen Akzeptanz beitragen können. Schon heute berücksichtigen wir Forschungsergebnisse der Geschlechterforschung in unserer politischen Arbeit, indem wir diese zur Grundlage unserer Forderungen nehmen.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich**

- <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>,
- <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>

Wie wollen Sie dafür sorgen, dass menschenrechtsfeindliche Äußerungen auch für Politiker_innen deutlichere Konsequenzen haben?

Hier müssen Äußerungen, sobald sie justiziabel sind, konsequent zur Anzeige gebracht werden. Allerdings schützt unser Grundgesetz die Meinungsfreiheit. Eine Meinung, die wir nicht teilen, die aber keine juristischen Straftatbestände erfüllt, müssen wir daher ertragen. Natürlich muss hierbei klar und deutlich zwischen einer legitimen Meinung und einer Beleidigung unterschieden werden. Hier hilft vor allem gesellschaftliche Aufklärungsarbeit, damit Hetze keinen Raum zum Gedeihen hat, und die Konfrontation mit den Aussagen und den aussagenden Menschen. Zudem fordern wir ein Landesantidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild, um juristisch besser gegen geschlechtliche Diskriminierung durch (Landes-)Behörden vorgehen zu können.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist eine besonders zu verachtende Straftat.

- <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Wir müssen alle Menschen die auf Grund ihres Geschlechts/ ihrer Sexualität eine Straftat erleiden über ihre Rechte aufklären, damit sie in der Lage sind, Anzeige erstatten zu können. Diese zur Anzeige gebrachten Delikte müssen dann auch als Hasskriminalität erfasst werden. Polizei und Justiz müssen für solche Straftaten sensibilisiert werden, insbesondere im Umgang mit den Anzeigestellten. Auch dabei würde ein Landesantidiskriminierungsgesetz nach Berliner Vorbild helfen, da Fristen für Anzeigen länger sind, es ein Verbandsklagerecht enthält, es die Möglichkeit zur Einrichtung einer Ombudsstelle beinhaltet und es durch die Beweislastumkehr keine Täter-Opfer-Umkehr gibt.

Frage 10:

Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex-Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter.

- https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824

Wie ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Wir halten die bestehende Regelung für diskriminierend sowie überarbeitungswürdig und beteiligen uns aktiv an der Diskussion zur Verbesserung der Blutspendenregelung für Männer, die mit Männern Sex haben.

Frage 11:

Das **Transsexuellengesetz** betrifft natürlich auch manche Bisexuellen. Doch der Reformvorschlag trifft bei Betroffenen ähnlich wie bei der viel zu späten rechtlichen Umsetzung des dritten Geschlechts auf viel Kritik. Außerdem wurden Trans*-Menschen und Fachverbände nur im Nachhinein unter einer absurden Frist von 48 Stunden zum Reagieren eingebunden (<https://www.tagesspiegel.de/gesellschaft/queerspiegel/neues-transsexuellengesetz-das-geschlecht-bleibt-fremdbestimmt/24335498.html>).

a) Was tun Sie dafür, damit Rechte von Trans*-Menschen berücksichtigt werden?

Antwort unter Punkt b)

b) Was tun Sie dafür, dass Menschenrechte nicht Spielbälle der Politik bleiben, sondern selbstverständlich und möglichst weitgehend ausgelegt werden, statt begrenzt?

Menschenrechte zu schützen und zu bewahren sind grundlegende Ausrichtungen linker Politik, die uns leiten. Dabei kategorisieren wir die Menschen nicht nach ihrer sexuellen oder geschlechtlichen Identifikation – Menschen sind für uns Menschen. Wir werden deshalb alles uns Mögliche tun, damit Menschenrechte so weit wie möglich ausgelegt werden und dementsprechend auch allen Menschen zustehen – unabhängig von ihrer Sexualität, ihrem Geschlecht, ihrer Herkunft, ihrer Hautfarbe oder anderen identitätsstiftenden Merkmalen. Dafür gehen wir nicht

nur auf die Straße, dafür werden wir auch in die Parlamente gewählt.

Frage 12:

Auch heute noch werden **intersexuelle Kinder** ohne medizinischen Grund operiert – eine Praxis, die beschönigend als „geschlechtsangleichende Operation“ bezeichnet wird, in der Realität für die Betroffenen aber eine Genitalverstümmelung mit oft schwerwiegenden lebenslangen Folgen darstellt:

<https://www.planet-wissen.de/gesellschaft/sexualitaet/intersexualitaet/intersexualitaet-operationen-100.html>

Wie wollen Sie diese Kinder in Zukunft schützen?

Geschlechtsverändernde operative Eingriffe bei Minderjährigen stellen einen schweren Eingriff in das Grundrecht des Kindes auf körperliche Unversehrtheit sowie die vom Allgemeinen Persönlichkeitsrecht umfasste sexuelle Selbstbestimmung und Fortpflanzungsfähigkeit dar. Sie erfordern langwierige Behandlungen und Operationen, die oftmals mit dem Verlust der Fortpflanzungsfähigkeit oder auch Beeinträchtigungen der sexuellen Empfindsamkeit einhergehen und das betroffene Kind weit über die Volljährigkeit hinaus in zentralen Bereichen seiner Persönlichkeit betreffen. Hinzu kommt, dass keineswegs gesichert ist, dass der*die Betroffene sich später tatsächlich dem Geschlecht zugehörig fühlt, dem er*sie postoperativ nach seinen*ihrer körperlichen Merkmalen zugehört. Von einer Operation ist daher abzusehen, bis das Kind selbst in der Lage ist, zu entscheiden, ob eine Operation stattfinden soll oder nicht. Wir wollen prüfen, ob diese Regelung juristisch umgesetzt werden kann.

Frage 13:

Erkämpfte LSBTI*-Menschenrechte können auch wieder eingeschränkt werden. Ein sinnvoller rechtlicher Schutz ist die Eintragung im **Grundgesetz, Artikel 3** (<https://www.lsvd.de/politik/artikel-3-grundgesetz.html>). Und obwohl sich alle Expert*innen dafür aussprechen (<https://www.bundestag.de/presse/hib/682392-682392>), plant die Bundesregierung aktuell keine Erweiterung (https://www.queer.de/detail.php?article_id=37762).

a) Werden Sie sich für die Aufnahme der sexuellen Identität in Artikel 3 einsetzen und dafür stimmen?

Wir unterstützen die Kampagne und werden für eine Erweiterung von Artikel 3 stimmen, weil wir für einen konsequenten Schutz von Menschenrechten eintreten und Expert*innen und ihrer Expertise Gehör schenken.

b) Wie stehen Sie dazu, dass hierbei der sehr eindeutige Rat der Expert*innen von der Politik nicht umgesetzt wird?

Uns macht dies fassungslos und es stößt auf unser größtes Unverständnis. Es ist befremdlich zu sehen, dass den Politiker*innen der Bundesregierung politische Gesinnung wichtiger zu sein scheint, als die Expertise von Expert*innen und das Wohlergehen von Menschen.

Zum Schluss noch drei Fragen, die über das Thema Bisexualität hinausgehen:

Frage 14:

Immer wieder reden die Parteien davon, dass die AfD keine demokratische Partei sei. Nun werden auch immer mehr Landesverbände dieser Partei vom Verfassungsschutz beobachtet.

Dennoch scheinen alle Parteien der AfD bislang alles durchgehen zu lassen – von zutiefst **menschenrechtsfeindlichen Äußerungen** (vgl. <https://taz.de/Urteil-zur-Wochenzeitung-Kontext/!5573132/>) bis hin zu **AfD-Denunziationsplattformen** zu Lehrer_innen (vgl. <https://www.gew.de/schule/fragen-und-antworten-zu-den-denunziationsplattformen-der-afd/>).

Auch gegen die **Corona-Leugner*innen** wird fast nichts unternommen: Sturm auf den Reichstag und späte Ermittlung gegen Hildmann (<https://taz.de/Coronaleugner-im-Bundestag/!5729871/>, https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_88969648/attila-hildmann-staatsanwaltschaft-berlin-ermittelt-gegen-corona-leugner.html

- a) **Was werden Sie konkret gegen die menschenrechtlichen Aktionen der AfD unternehmen?**

Hier hilft leider nur das konsequente zur Anzeige bringen von strafrechtlich relevanten Äußerungen, gesellschaftliche Aufklärung und das gezielte Entgegenstellen gegen die AfD und sonstige Menschenfeinde auf Demonstrationen und öffentlichkeitswirksame Wiederlegung ihrer Äußerungen.

- b) **Was werden Sie gegen die Corona-Leugner*innen, die andere gefährden, unternehmen?**

Versammlungsfreiheit sowie Meinungsfreiheit sind als Schutzrechte gegenüber dem Staat nur schwer einzuschränken. Hier hilft leider nur das konsequente zur Anzeige bringen von strafrechtlich relevanten Äußerungen, gesellschaftliche Aufklärung und das gezielte Entgegenstellen gegen die Corona-Leugner*innen und sonstige Menschenfeinde auf den Demos und Wiederlegung ihrer Äußerungen. Wir beteiligen uns außerdem aktiv an Gegenkundgebungen und haben bereits zu Beginn der Corona-Krise auf die potentiellen Gefahren einer sich radikalisierenden Szene

von Corona-Leugner*innen hingewiesen und deren Beobachtung durch den Verfassungsschutz gefordert.

Frage 15:

Vor allem Minderheiten wie LSBTI* – und damit auch Bisexuelle – haben ihr soziales Umfeld aufgrund von Diskriminierungserfahrungen oft nicht in der Herkunftsfamilie, sondern mussten andere Wege für ein stabiles und unterstützendes soziales Umfeld schaffen. Dieses findet oft nicht im häuslichen Umfeld, sondern in den Räumen von entsprechenden Initiativen oder Szene-Lokalen statt, die durch die bisherigen Corona-Maßnahmen besonders stark betroffen sind. Für das Ziel einer baldigen Öffnung solcher Räume kann die Corona-Impfung ein wichtiger Baustein sein. Dennoch geht es bei der Impfung nicht so schnell voran, wie es notwendig wäre - und andere Staaten dieser Welt zeigen, dass dies möglich wäre.

- a) Warum werden Ihrer Meinung nach die Lizenzen nicht abgekauft und/oder mehr Fabriken für die entsprechenden Impfstoff-Firmen gebaut, so dass viel schneller Impfstoffe für alle weltweit produziert werden?**

In Kürze: Weil leider die Profitinteressen von einzelnen Unternehmen über Menschenleben gestellt werden. In einem kapitalistischen System ist dies ohne massive Eingriffe des Staates auch nicht anders möglich, da dies der dem kapitalistischen System zugrundeliegenden Logik zuwider verläuft. Hier geht es um Gewinnmaximierung und leider nicht um internationale Solidarität. Ein Impfstoff ist derzeit die Lizenz zum Gelddrucken. Das zeigt sich auch im Unwillen der Bundesregierung, die Patente der Impfstoffe weiteren Unternehmen zugänglich zu machen, obwohl diese unter Aufwand massiver staatlicher Subventionen entstanden sind.

- b) Was tun Sie dafür, dass das Impfen in den nächsten Monaten in Baden-Württemberg gut verläuft?**

Hier wäre zuerst zu analysieren, wo in Rheinland-Pfalz die Fehler liegen, um Vorschläge unterbreiten zu können. Grundsätzlich treten wir dafür ein, die Patente der Impfstoffe für weitere Unternehmen frei zugänglich zu machen, damit die Kapazitäten der Produktion erhöht werden können. So würden in kürzerer Zeit auch genügend Impfdosen zur Verfügung stehen, sodass alle Menschen zügig geimpft werden können.

Frage 16:

Der **Klimawandel** ist wissenschaftlicher Konsens (<https://www.klimafakten.de/behauptungen/behauptung-es-gibt-noch-keinen-wissenschaftlichen-konsens-zum-klimawandel>). Und dennoch gibt es Parteien die dies ignorieren oder gar bestreiten. Insgesamt gibt es keine ausreichenden Schritte. Und die Bewegung „Fridays for future“ wird von vielen Politiker_innen belächelt, die Jugend nicht ernstgenommen. Auch viele LSBTI*-Jugendliche sehen hier ihre eigene Zukunft gefährdet.

a) *Warum wird der Rat von Klimaforschenden immer noch nicht hinreichend ernstgenommen?*

Das kommende Jahrzehnt wird das entscheidende für die Menschheit. Die Erkenntnisse der Klimawissenschaft sowie die derzeit schon beobachtbaren Folgen der Erderwärmung sprechen eine klare Sprache. Der Zeitpunkt für entschiedenes Handeln ist nicht irgendwann, sondern jetzt. Der Ausstoß von Treibhausgasen muss drastisch sinken, der ökologische Umbau ist deshalb eine existenzielle Notwendigkeit. Es geht um die Bereitschaft, Wirtschaft und Gesellschaft so umzubauen, dass sie wirklich klimaneutral, ökologisch und sozial werden. Es geht um neue Produktions- und Lebensweisen – frei von fossilen Energien, ohne Ausbeutung von Mensch und Natur. All das ist ein massiver Eingriff in den

verinnerlichten und normierten Status Quo, der den Menschen Angst machen kann, weil mit einer Veränderung des Status Quo viele Verteilungskonflikte einhergehen können. Die Klimakrise ist auch Ausdruck des größten Marktversagens der Menschheitsgeschichte. Deshalb ist die sichtbare und spürbare Hand der Politik gefragt. Die Klimakrise verlangt große und schnelle Schritte in die richtige Richtung. All das stößt auf das konträre Interesse von Unternehmen, die der kapitalistischen Profitlogik unterliegen. Teilweise fördern diese Unternehmen sogar gezielt vermeintlich wissenschaftliche Institute, wie bspw. die Organisation „EIKE“, die wiederum gezielte Desinformationskampagnen in der Gesellschaft vorantreiben und versuchen, Unsicherheit über eigentlich wissenschaftlich fundierte Ergebnisse zu verbreiten.

b) Was tun Sie dafür, dass die Erderwärmung wirklich auf 1,5 Grad begrenzt wird?

Wir werden alle Vorschläge unterstützen, die zur Begrenzung beitragen. Allem voran die konsequente und über sie hinausgehende Einhaltung und Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens. Wir machen uns in diesem Zusammenhang stark für einen flächendeckenden und kostenlosen ÖPNV, für den generellen Ausbau des Bahnverkehrs, gegen die Subventionierung des Flugverkehrs, für eine Rekommunalisierung der Energieerzeugung und einen sofortigen Kohleausstieg.

Frage 17:

Was möchten Sie noch ergänzen?

Unsere Landesarbeitsgemeinschaft „Queer“ beschäftigt sich genau mit den im Wahlprüfstein angesprochenen Themen. Wir sind jederzeit für einen Erfahrungsaustausch, ein Brainstorming oder

Bisexuelle Wahlprüfsteine (von BiNe – Bisexuelles Netzwerk e. V.)

***gemeinsame Aktionen bereit. Sie erreichen die
Landessprecher*innen via E-Mail unter
peter.weinand@die-linke-rlp.de und [melanie.wery-
sims@die-linke-rlp.de](mailto:melanie.wery-sims@die-linke-rlp.de)***